



EU-Parlament einseitig im Rampenlicht

Die Hearings mit den designierten EU-Kommissaren lenkten die medialen Scheinwerfer mehr als sonst auf das europapolitische Geschehen und warfen eine Menge Licht in die Reihen des Europäischen Parlaments. Dafür gebührt den MedienvertreterInnen Österreichs großes Lob. Die allermeisten haben die enorme demokratiepolitische Bedeutung der Anhörungen für Europa, seine Mitgliedstaaten und BürgerInnen verstanden: **Wir prüfen genauestens, wer in Zukunft Gesetzesvorschläge machen kann.**

Das Vorgehen des Europäischen Parlaments, jedes zukünftige Kommissionsmitglied anzuhören und auf fachliche Kompetenz zu prüfen – mehr als eine Defensio, ist einzigartig. Kaum vorstellbar, dass Regierungsmitglieder solch ein Prozedere vor einem nationalen Parlament durchlaufen müssten – zumindest nicht hierzulande. Die Zeit der Hearings sind Tage der Demokratie.

Leider war die Berichterstattung nicht im üblichen Maße ausgewogen. Es war die „große Koalition“, die hier immer wieder in den Blättern herumgeisterte. So viel vorweg: Das Europäische Parlament kennt keinen Regierungs- oder Klubzwang, ebenso wenig verfügt es über eine fixe Koalition. In der täglichen Praxis geht es den Europaabgeordneten im Vorfeld von wichtigen Abstimmungen sehr wohl darum, Bündnisse zu schließen. Das Ziel ist es, Politik zu machen und eine Mehrheit zu finden, um einen Legislativakt überhaupt durch die Abstimmung zu manövrieren.

Mehrheit nicht gleich #GroKo

Genauso funktioniert das im gegenteiligen Szenario: Ein Gesetzesvorschlag muss um jeden Preis zurückgewiesen werden? Den Bürgerinnen und Bürgern entstünden Nachteile und außerdem verlieren sie das letzte Bisschen Vertrauen? Und wieder: Ausschwärmen, den Dialog und eine Mehrheit suchen, Pro & Contra-Positionen abschätzen und am Ende ans Ziel kommen. Die eingegangenen Allianzen können je nach Politikbereich unterschiedlich aussehen. Die zwei stimmenstärksten Fraktionen, Christdemokraten und Sozialdemokraten, arbeiten oft zusammen, befinden sich aber in keiner Koalition.

Der Vorwurf, die Ablehnung der slowenischen Kommissionskandidatin Bratusek sei eine Handlung der Abgeordneten der „Großen Koalition“ gewesen und Teil eines Deals, ist zurückzuweisen. Frau Bratusek wurde abgelehnt, weil sie inhaltlich zu schwach und ihre Argumente zu dünn waren. Tanja Fajon, Sozialdemokratin und überaus erfahrene Europapolitikerin, wäre als Nachnominierende wünschenswert gewesen – doch die



slowenische Regierung hat sich für Violeta Bulc entschieden, die nun das Verkehrsressort übernehmen wird. Auch sie musste ihre Anhörung bestehen, denn schließlich wird jeder und jede geprüft - und zwar von den 751 europäischen Abgeordneten, nicht von einer Koalition oder Opposition.

Ein Kommissionspräsident Martin Schulz wäre mir natürlich wesentlich lieber und auch besser für Europa gewesen, aber das Wahlergebnis vom 25. Mai sieht nun mal anders aus. Dass die neue Kommission schließlich vom Parlament angenommen wurde, ist ein Vertrauensvorschuss an Juncker. Die Kommission muss nun ihre Versprechen einhalten und liefern, sonst wird es ungemütlich für Juncker werden. Das betrifft vor allem das versprochene Wachstumspaket für Europa, aber auch seine Ankündigung beim Thema Schiedsgerichte (ISDS) im Handelsabkommen TTIP hart zu bleiben.